

NEWSLETTER

Gudrun Pieper MdL
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL

Inhalt

Neuigkeiten.....	Seite 1
Aus dem Plenum.....	Seite 2-3
Aus dem Europaausschuss.....	Seite 4
Unterwegs.....	Seite 5

Herausgeber:

Gudrun Pieper MdL Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL

Hauptstraße 9
29690 Schwarmstedt
Tel.: (05071) 800 25
info@gudrunpieper.de

Poststraße 11
29640 Schneverdingen
Tel.: (0172) 48 21 40 6
info@von-danwitz.com



Coronavirus –

mit dem Fünf-Stufen-Plan auf dem Weg zur Normalität

Die Corona Pandemie hat unser gesellschaftliches Leben von einen auf den anderen Tag verändert. Wir alle mussten aus Verantwortung für uns alle ohne weitere Verzögerungen für einen begrenzten Zeitraum unser gesamtes gesellschaftliches Leben und unsere Gewohnheiten herunterfahren. Alles hat sich dem Schutz unserer Bevölkerung und der Gesundheit unterzuordnen gehabt, so sehr einige auch weiterhin an der Richtigkeit zweifeln mögen. Wir durften jedoch keine Zeit verlieren, um die entsprechenden Schutzmaßnahmen auszuweiten und sicherzustellen, um nicht dem verzweifelten Kampf gegen die Epidemie zuzuschauen.

In den bereits seit längerem betroffenen Ländern haben wir die tragischen Folgen gesehen. Nur mit Disziplin und Einsicht haben wir die Infektionsketten unterbrochen, die Infektionszahlen gehen nach unten, die Zahl der Genesenen nach oben. Das ist ein gutes Zeichen! Jedoch weiß heute niemand, was wirklich zu 100 % richtig war und was richtig ist. In einigen Wochen oder Monaten wissen wir, ob wir falsch, überzogen oder gar

völlig richtig gehandelt haben. Aus unserer Sicht handelt momentan nur der falsch, der gar nicht handelt. Und vielleicht brauchen wir in der derzeitigen Lage auch schnelle, unkonventionelle Entscheidungen, die dafür aber Menschenleben retten.

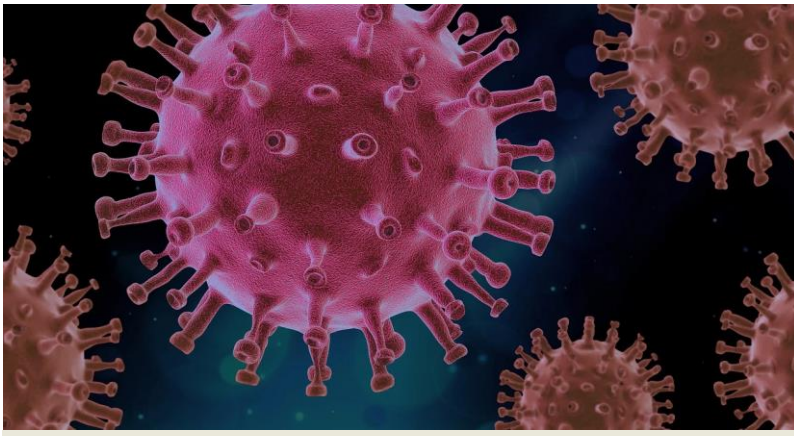
Die Schließung der Kindergärten, Schulen und vieler öffentlicher Einrichtungen war ein richtiger und konsequenter Schritt. Ebenso mussten vor allem unsere Sicherheitsbehörden, Rettungsdienste und Gesundheitsdienste arbeits- und handlungsfähig bleiben. Dort, wo Arbeiten im Homeoffice möglich war, haben wir dies genutzt. Die Flexibilität von allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben ihren dankenswerten Beitrag dazu geleistet.

Unseren klein- und mittelständischen Unternehmen musste schnell und unbürokratisch geholfen werden. Das ist uns bis jetzt gut gelungen und im Zweifelsfall wurden ebenfalls Sofortzuschüsse gewährt. Es ging darum, kurzfristig drohende Insolvenzen zu

vermeiden. Mit den Steuerstundungen bis hin zu Verrechnungen mit Verlusten aus dem Vorjahr haben wir hier zeitnah Luft verschaffen können. Unsere Finanzbehörden wurden angewiesen, entsprechend zu verfahren. Zudem konnte umgehend das Instrument der Kurzarbeit genutzt werden. Unsere Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit hat nach den bisherigen Erfahrungen schnell und unkompliziert geholfen.

Wir alle waren enorm gefordert, denn eine solche Situation haben wir in Deutschland noch nicht erlebt. Das Leben geht weiter, aber es wird sich in den nächsten Wochen drastisch verändern. Deswegen müssen wir jetzt das öffentliche Leben nach den radikalen Einschränkungen auch schrittweise wieder öffnen.

Mit der neuen Verordnung vom 8. Mai 2020 haben wir die ersten Lockerungen in sämtlichen Bereichen von Wirtschaft, Bildung und Sozialem in einem Stufenplan umgesetzt, um zur Normalität zurückzukehren und vor allen Dingen auch den für uns so wichtigen Tourismus in unserem Heidekreis zu stärken:



Aus dem Plenum

Corona – mit dem Fünf-Stufen-Plan auf dem Weg zur Normalität

-Fortsetzung von Seite 1-

Stufe 1: Mit der der Verordnung vom 06.05.2020 haben wir den Übernachtungstourismus für Zweitwohnungsbesitzer und Dauercamper zur Eigennutzung zugelassen.

Stufe 2: Zum 11. Mai 2020 ist der Übernachtungstourismus in Ferienwohnungen, Ferienhäusern, auf Camping- und Wohnmobilstellplätzen sowie Bootsliegplätzen wieder möglich. Zur Begrenzung des Gästevolumens ist vorgesehen, dass der „Gästemschlag“ in Ferienwohnungen und Ferienhäusern nur alle sieben Tage erfolgen darf. Das bedeutet, dass eine Wohnung oder ein Haus innerhalb von sieben Tagen nur einmal vermietet werden darf, auch wenn die Mieter kürzer bleiben. Auf den Campingplätzen gilt eine maximale Auslastung von 50 Prozent. Gleichzeitig haben wir zum 11. Mai 2020 die Gastronomie wieder geöffnet, allerdings unter strengen Hygiene- und Schutzauflagen und beschränkt auf eine Auslastung von 50 Prozent.

Stufe 3: Zum 25. Mai 2020 soll eine weitere Öffnung der Gastronomie sowie erstmals nach dem Shutdown eine teilweise Öffnung der Beherbergungsbetriebe (Hotels, Pensionen, Jugendherbergen etc.) erfolgen. Die dabei geltenden Maßgaben werden noch geklärt und in der dritten Maiwoche in einem neuen Verordnungstext gefasst.

Stufe 4: Ein Termin für diese Stufe steht noch nicht fest, im günstigsten Fall erfolgt eine Ausweitung des Übernachtungstourismus durch weitere Lockerungen.

Stufe 5: Diese Stufe würde die Aufhebung aller Beschränkungen im (Übernachtungs-) Tourismus bedeuten. Voraussetzung für alle vorsichtigen Lockerungen ist die jeweils aktuelle, positive epidemiologische Lage. Es gelten weiterhin übergeordnet für alle Unternehmen und Einrichtungen die Rechtsverordnungen zu Regelungen des Infektionsschutzes und zum Arbeitsschutz. Einzelbetriebliche Schutzkonzepte müssen vorhanden sein.

Bei allen Maßnahmen, die wir schnellstmöglich ergreifen müssen, lassen Sie uns aber auch die nicht vergessenen, die besonders schutzbedürftig sind – hierzu gehören vor allem ältere Menschen in unserer Gesellschaft. Die Lockerungen für Besuche in den Alten- und Pflegeheimen, liegen uns sehr am Herzen. Voraussetzungen dafür sind ausreichende Hygienekonzepte der Einrichtungen.

Lassen Sie uns gemeinsam zeigen, dass wir in Krisenzeiten zueinander stehen und uns nicht durch Verschwörungstheoretikern entmutigen lassen. NIEMAND hat sich diese Situation ausgesucht. Für uns stand und steht die Gesundheit und Unversehrtheit aller Menschen im Vordergrund. Das leitet unser tägliches Handeln!

Herzlichst Ihre Landtagsabgeordneten


Dr. Karl-Ludwig von Danwitz


Gudrun Pieper

Pause mit Sicherheitsabstand

Zwischen den vielen Besprechungen eine kleine Pause an der frischen Luft. Mit unseren Kollegen aus dem Bezirksverband Nordostniedersachsen haben wir viele Themen bearbeitet. Von den Corona-Auswirkungen in unseren Landkreisen, Düngeverordnung, Wasserrahmenrichtlinie, Radwegebau bis hin zu bildungspolitischen Themen und täglichen Anregungen aus unseren Wahlkreisen. Wir sind gut aufgestellt und werden kontinuierlich alles abarbeiten.





Aus dem Plenum

Versorgungssicherheit in Dürrezeiten

Mit einem gemeinsam mit zahlreichen Fachverbänden und Experten erarbeiteten Maßnahmenkatalog wollen wir das Wassermanagement des Landes für die künftigen klimabedingten Herausforderungen aufstellen. So sehen wir Koalitionen unter anderem vor, die Grundwasserqualität zu verbessern, dezentrale Versorgungsstrukturen auszubauen, den Wasserabfluss im Binnenland periodisch zu verlangsamen und die Förderung neuer technischer Speicheranlagen zu prüfen.

„Entgegen mancher Behauptungen haben wir zwar keine Wasserknappheit, allerdings haben in den vergangenen Jahren Versorger vereinzelt regionale Engpässe angemeldet. Für uns ist klar, dass wir das saubere und hochwertige Trinkwasser überall in unserem Land schützen müssen – es ist Qualitätsfaktor und Lebensgrundlage zugleich“, so unser Umweltexperte Frank Schmädeke, vor dem Hintergrund der zwei zurückliegenden Dürrejahre in Folge.

Das Wassermanagement des Landes muss einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, vom Auffangen über die Speicherung bis hin zur Entnahme. Der Entschließungsantrag der Regierungsfractionen zielt in diesem Kontext darauf ab, zu prüfen, wie beispielsweise in Wintermonaten der Wasserrückhalt im Binnenland gestärkt werden kann. Es geht auch darum, zu schauen, ob man Talsperren oder Speicherbecken und deren Bau fördern kann. Es gilt natürlich auch, wassersparende Techniken auszubauen, wo es nur geht.

„Niedersachsen hat kein Mengenproblem, sondern ein Problem mit der räumlichen

und auch zeitlichen Verteilung der Niederschläge“, merkt der CDU-Abgeordnete Schmädeke in der Debatte an. „Es ist zu befürchten, dass die Auswirkungen des Klimawandels diesen Effekt verschärfen und damit zu weiteren regionalen Engpässen von Trink- und Brauchwasser für Industrie und Landwirtschaft führen“. Auch auf der Verbraucherseite will man agieren: „Wir wollen die Gründung von Beregnungsverbänden und wassersparenden Beregnungstechniken unterstützen, zum Beispiel durch eine entsprechende Agrarförderung. Insgesamt soll die Entnahme von Wasser intensiver überwacht und besser gesteuert werden.“

Für ein effizienteres Wassermanagement bedarf es zudem besser vernetzter Verwaltungs- und Kommunikationsstrukturen, um auf diese Weise langjährige Wasserrechtsverfahren schneller und sinnvoll abzuschließen.

„Um den aktuellen Veränderungen, gerade in Hinblick auf den Klimawandel, Sorge zu tragen, bedarf es spezifischer niedersächsischer Anpassungsstrategien. Es braucht eine niedersächsische Ressourcenplanung für das Wasser. Hierfür ist eine Novelle des Niedersächsischen Wassergesetzes notwendig“, betont Schmädeke. „Übergeordnetes Ziel ist es, die Ressource des Wassers, die nicht nur für den privaten Gebrauch, sondern auch für die Landwirtschaft und Industrie von essenzieller Bedeutung ist, und ihre verschiedenen Nutzungsinteressen so zu steuern, dass eine faire und nachhaltige Teilhabe am Wasserdargebot sichergestellt wird.“

Mehr Forschung

bringt mehr Sicherheit

Trotz aller Lockerungen: Das Corona-Virus ist nicht aus der Welt und wir stellen uns gerade vorsichtig auf ein Leben mit Corona ein. Von Normalität sind wir weit entfernt, dennoch gibt es dank niedersächsischer Forscher einen Lichtblick. In Braunschweiger Forschungseinrichtungen ist ein erster Durchbruch für ein Medikament gelungen. Die Wissenschaftler des Helmholtzzentrums, der TU Braunschweig und deren Ausgründung YUMAB ist es gelungen, zahlreiche humane Antikörper zu isolieren, von denen einige sogar proaktiv wirken und eine Infektion vollständig verhindern können. Jetzt gilt es diesen Erfolg auszubauen und ein zuverlässiges Medikament zu entwickeln“, so unser stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jörg Hillmer in der Debatte.

Der Wissenschaftspolitiker machte klar, dass die Lösung der Corona-Krise nicht von den Ordnungsbehörden, nicht aus den sozialen Medien, sondern aus den Laboren unserer Forschungseinrichtungen komme. „Mehr Forschung bringt mehr Sicherheit – in jeder Hinsicht“.

Daher ist es richtig, dass das Land 14 Projekte zur Forschung gegen COVID-19 mit insgesamt 9,7 Millionen Euro fördert. „Unsere verstärkte Transferperspektive in den Hochschulen bewährt sich in der Krise, wenn Forschung und Fertigung schneller und enger zusammenarbeiten müssen“, so Hillmer abschließend.



Koalition beschleunigt Radwegebau in Niedersachsen

Wir haben uns das Ziel gesetzt, Radfahren sicherer und attraktiver zu gestalten, den Bau von neuen Radwegen unbürokratisch voranzutreiben und die Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln zu verbessern. Mit dem Beschluss der Regierungskoalition kann es nun vorangehen.

Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir bestehende Lücken schließen, die Verkehrssicherheit erhöhen, Förder-

mittel verstetigen und Bürgerinitiativen finanziell unterstützen, die sich für den Bau neuer Radwege vor allem entlang von Landstraßen einsetzen. Hier wird auch unsere Landesstraße 190 im besonderen Augenmerk sein und endlich realisiert werden können. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Verzahnung von Radverkehr und ÖPNV. „Mit dem Fahrrad zu fahren muss nicht nur sicher, sondern auch

praktikabel sein. Deshalb brauchen wir ein Fahrradmobilitätskonzept, das nutzerfreundliche Rahmenbedingungen für die Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln aufzeigt. Das muss auch für die Mitnahme von Fahrrädern in der Bahn gelten. Ticketpreise sollten so gestaltet sein, dass sie eine Fahrradmitnahme auch auf kurzen Strecken nicht benachteiligen“, so unsere verkehrspolitische Sprecherin Gerda Hövel abschließend.



Aus dem Europaausschuss

EU-Leitlinien zur Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen im Gesundheitsbereich

Die EU-Kommission hat am 7.05. eine Mitteilung veröffentlicht, die den Mitgliedstaaten Leitlinien zur Bewältigung des durch den Coronavirus-Notfall verursachten Mangels an Gesundheitspersonal an die Hand gibt. Die Leitlinien sollen den Mitgliedstaaten helfen, die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen von Gesundheitspersonal auf Basis der Richtlinie 2005/36/EG zu beschleunigen und die Regeln zu präzisieren, die es Ärzten und Krankenschwestern in der Ausbildung ermöglichen, ihren Beruf auszuüben. Die Leitlinien befassen sich mit praktischen Bedenken hinsichtlich der Umsetzung der EU-Richtlinie über berufliche Qualifikationen ein Rahmen zur Erleichterung der Freizügigkeit

von Fachkräften, einschließlich Ärzten und Krankenschwestern, innerhalb Europas. Es wird insbesondere dargelegt, wie die Mitgliedstaaten die Verfahren beschleunigen können, um die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen im Einklang mit den in der Richtlinie vorgesehenen Flexibilitäten zu erleichtern. Darüber hinaus wird klargestellt, wie die Mitgliedstaaten sicherstellen können, dass die Vorschriften der Richtlinie über Mindestanforderungen an die Ausbildung von Ärzten und Krankenschwestern eingehalten werden, wenn die Schüler ihre Ausbildung aufgrund von Störungen aufgrund der Coronavirus-Pandemie nicht abschließen können, auch indem sie eine Ausnahmeregelung beantragen.

Aktuelle Auswirkungen der Pandemie auf Erasmus+

Auch das Bildungswesen wurde von der Covid-19-Pandemie hart getroffen. Mit der Schließung von Universitäten und der Einführung von Reisebeschränkungen stehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an grenzübergreifenden Mobilitätsprogrammen wie dem Studentenaustauschprogramm Erasmus+ vor großen Herausforderungen. Derzeit absolvieren 165.000 junge Menschen in ganz Europa einen Erasmus-Auslandsaufenthalt und 5.000 weitere beteiligen sich an Freiwilligenprojekten im Rahmen des Solidaritätskorps. Das EP hat am 06.05. hierzu eine kurze Auswertung der aktuellen Situation veröffentlicht: 25 % der Studentenaustauschprogramme wurden aufgrund von Covid-19 abge-

brochen. 37,5 % der Studierenden hatten im Zusammenhang mit ihrem Austausch mindestens ein größeres Problem (z. B.: konnten nicht nach Hause zurückkehren, Probleme mit der Unterkunft). 50 % der Studierenden, deren Studiengang fortgesetzt wurde, nimmt nun an Online Kursen teil. 34 % nutzen teilweise Online-Angebote oder aber haben ihre Kurse zum Teil verschoben. Wir werden uns in der nächsten Ausschusssitzung berichten lassen, da wir mit unserem bereits beschlossenen Entschließungsantrag jungen Menschen bis zum 25. Lebensjahr auf jeden Fall die Chance eröffnen wollen, einen mindestens 14 tägigen Aufenthalt im Ausland wahrzunehmen.

Verschiebung neuer Öko-Regeln auf 2022

In einem Brief an EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski bittet der Agrarausschuss des EU-Parlaments um eine Verschiebung der neuen Regeln für den Ökolandbau um ein Jahr auf Anfang 2022. Die neuen Vorgaben sollen im Zuge der Revision der EU-Ökoverordnung in Kraft treten. In dem vom deutschen Vorsitzenden Norbert Lins (EVP) unterzeichneten Schreiben heißt es, zwar sei die Arbeit der Kommission mit Blick auf das komplexe System der delegierten und Durchführungsrechtsakte durchaus zu begrüßen. Denn diese seien für eine Umsetzung der novellierten Verordnung unumgänglich. Allerdings berge ein zu schnelles Vorgehen beim Sekundärrecht ohne entsprechende Konsultationen große Risiken – vor allem, weil die meisten Landwirte derzeit durch die weltweit grassierende Coronavirus-Pandemie erhebliche Belastungen auszuhalten hätten. Lins sagte einer Mitteilung des Agrarausschusses zufolge, es sei entscheidend, dass Regeln, die einen derart wichtigen zukunftssträchtigen Bereich der Landwirtschaft betreffen, alle Interessenvertreter in den Dialog einbinden. Auch Parlament und Rat müssten Gelegenheit zu einer intensiven Prüfung haben. Eine Verschiebung der Zeitpläne, so Lins, biete überdies die Chance, den Landwirten vorerst Planungssicherheit zu geben, was wegen der Coronakrise umso wichtiger sei. Denn im Grunde herrsche doch Konsens darüber, „dass wir den Ökolandbau für alle verbessern wollen – von den Landwirten und Verarbeitern in der EU über Erzeuger in den Entwicklungsländern bis hin zu den Verbrauchern“. Wir sind gespannt auf die Entscheidung.

EU startet Konsultation zur Abfallverbringungsverordnung

Wie im Europäischen Grünen Deal angekündigt, beabsichtigt die Kommission, die EU-Vorschriften über die Verbringung von Abfällen zu überprüfen und hat dazu am 07.05. eine Konsultation eröffnet. Mit der Überprüfung soll sichergestellt werden, wie die EU-Vorschriften zur Abfallverbringung (Verordnung 1013/2006)

das Recycling fördern und den Übergang zur Kreislaufwirtschaft unterstützen kann. Gleichzeitig sollen Möglichkeiten zur Verringerung des Abfallexports geprüft werden, z.B. durch ein besseres Inspektionssystem, Maßnahmen gegen illegale Verbringungen sowie Vermeidung potenziell umwelt- und gesundheitsschädlicher

Auswirkungen, die durch die Verbringung von Abfällen in Drittländer außerhalb der EU verursacht werden. Die Befragung läuft bis zum 30.07. Die Verordnung kann auch auf unseren Landkreis Heidekreis Auswirkungen haben.

Gudrun Pieper



Unterwegs vor der Corona-Krise

Antrittsbesuch bei Bürgermeister Jörg Peters in Wietzendorf

Vor zwei Monaten war ich bei dem neu gewählten Bürgermeister der Gemeinde Wietzendorf Jörg Peters zu Besuch. Neben aktuellen Themen, wie der Dorfkernentwicklung und der Errichtung einer Tagespflege für Senioren, diskutierten wir über die Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Außenorte Wietzendorfs.

Ich erfuhr, dass der Bürgerbus zurzeit leider noch nicht gut angenommen wird. Eine unzureichende Streckenführung wäre der Grund, denn der Bus fährt ausschließlich die Strecke Bergen - Wietzendorf - Designer Outlet Soltau, jedoch nicht in die Innenstadt von Soltau. Jörg Peters berichtete mir, dass es die Idee war, die Außenorte an den ÖPNV anzubinden. Doch die Verkehrsgemeinschaft Heidekreis sah in diesem zusätzlichen Angebot eine Konkurrenz zum öffentlichen Nahverkehr. Die Bürgerbuslinie von Wietzendorf nach Soltau wurde deshalb nicht genehmigt.

Ich bin der Meinung, dass Bürgerbusse als Ergänzung zum bestehenden Mobilitätsangebot gesehen werden müssen. Sie sind keine Konkurrenten zum regulären ÖPNV-Angebot. Zur Zielgruppe gehören vor allem Rentnerinnen und Rentner, Familien und Menschen, die das Angebot nutzen, um beispielsweise den täglichen Einkauf, den Termin beim Arzt oder den Gang zur Behörde zu unternehmen. Die bereits bestehenden Bürgerbusse in Schwarmstedt, Walsrode, Schneverdingen, Bad Fallingbommel und die zukünftige Errichtung einer, vom Land geförderten, Mobilitätszentrale für alle Bürgerinnen und Bürger sind ein positives Beispiel wie die Kooperation gelingen kann.

Nur so ist ein flächendeckendes, übersichtliches und nahtlos nutzbares Mobilitätsangebot möglich. Alle verfügbaren ÖPNV-Angebote müssen gebündelt werden, um eine für die jeweilige Situation passende Beförderungsmöglichkeit zu finden.

Saisoneröffnung auf dem Eggershof in Soltau



Am 12. März durfte ich in Vertretung unseres Umweltministers Olaf Lies bei der "Arbeitsgemeinschaft Urlaub und Freizeit auf dem Lande" ein Grußwort zur diesjährigen Saisoneröffnung halten. Viele Betriebe aus dem landwirtschaftlichen Bereich mit Feriengästen und auch Hofläden haben sich in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Veranstaltung fand auf dem Eggershof in Soltau-Ellingen statt. In diesem Rahmen wurden auch langjährige Mitglieder geehrt, unter anderem auch der Menkenhof aus Soltau.

Verleihung der Goldenen Olga in Fulde



Kinast überbracht wurde. Viel zu selten sagen wir unseren Landwirten "Danke" für die hervorragenden Leistungen. Deshalb ist der Milchlandpreis genau das richtige. Herzlichen Glückwunsch an die beiden Familien Bergmann und Harms zu einer fantastischen unternehmerischen Leistung auf ihrem Milchviehbetrieb: bester Milcherzeuger niedersachsenweit! Der Milchlandpreis ist nach so vielen Jahren immer noch eine Herausforderung und zeichnet Niedersachsens Top-Betriebe aus und einer davon befindet sich auch bei uns im Heidekreis.

Die Goldene Olga, der Preis für den besten Milcherzeuger 2019, wurde Anfang März verliehen. Den 1. Platz konnte die Milchhof Fulde GbR erringen, der von unserer Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-

Blühstreifen angesät



Zurzeit habe ich aufgrund der aktuellen Situation zwar weniger Termine im Wahlkreis in meinem Kalender stehen, aber dennoch arbeiten wir natürlich weiter an unseren aktuellen Projekten. In den letzten Tagen habe ich einige Blühstreifen für Bienen und Insekten angesät, damit es bald ordentlich summt und brummt auf den Feldern!

